

Sachsen-Zeitung

In ganz Halle
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

Landeszeitung für die Provinz Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 155/219

Bezugspreis:

monatlich 3,00 Goldmark — Bestellungen nehmen Buchhandlungen, Zeitungsverleger und unter Umständen Postämter entgegen. — Höherer Versand mit Rücksicht auf den Postzuschlag.

Halle - Saale

Anzeigenpreis:

Die 9 Spaltenzeilen zu 10 Zeilen mit 600 Buchstaben, 10 Pfennig. Kleine Anzeigen zu 2 Pfennig. Familienanzeigen 4 Pfennig. Stellenanzeigen 2 Pfennig. Die 3 Spaltenzeilen zu 10 Zeilen mit 600 Buchstaben, 10 Pfennig. Kleine Anzeigen zu 2 Pfennig. Familienanzeigen 4 Pfennig. Stellenanzeigen 2 Pfennig.

Geldfiskale Halle-Saale: Leipziger Straße 01/02, General Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5810. — Postfachkonto Leipzig 20 013.

Dienstag, 16. September 1924

Geldfiskale Halle-Saale: Leipziger Straße 01/02, General Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5810. — Postfachkonto Leipzig 20 013.

Das Ergebnis des Kabinettsrats

Einigkeit im Reichskabinettsrat

Die Uebereinstimmung zwischen Marx und Stresemann

Berlin, 15. September.

(Eigener Drahtbericht.)

In der heutigen Kabinettsitzung wurde, wie wir erfahren, auch die Frage des Kriegsschuld und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zur Sprache gebracht. Es ergab sich dabei volle Uebereinstimmung in der Auffassung des Kabinetts. Ob Reichskanzler Marx in diesen Tagen wieder von Berlin abreist und seinen Urlaub fortsetzen wird, steht noch nicht fest. Ein tiefergehender Beschluß des Reichskabinetts liegt noch nicht vor.

Berlin, 15. September.

W. T. H. meldet: In Erweiterungen der Presse ist in der letzten Zeit wiederholt von Gegenständen zwischen dem Reichskanzler Marx und dem Außenminister Dr. Stresemann gesprochen worden. Gegenüber diesen Behauptungen sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß beiden Herrschaften von diesen Gegenständen nichts bekannt ist. Die von dem Außenminister Stresemann seiteneit mit den Führern der Deutschen nationalen Opposition geführten Verhandlungen wegen der Erklärung über die Kriegsschuld sind im Einzelnen mit dem Reichskanzler und dem Schatzminister erfolgt. Die heute feststehend nach der Mitteilung des Reichskabinetts erfolgte Ausprägung hat zumeist ergeben, daß über die Gesamtsituation sowie besonders in den Fragen der Aufklärung der Kriegsschuld und des Eintritts in den Völkerbund keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichskanzler und Außenminister besteht oder bestanden hat.

Festgelegte Grundsätze

Berlin, 15. September.

(Durch Einspruch.)

Wie wir erfahren, ist die heutige Sitzung des Kabinettsrates um 7 Uhr zu Ende gegangen. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Ernennung der deutschen Vertreter des Verwaltungsrates der Eisenbahngesellschaft, des Generalrates der Reichsbahn und des Aufsichtsrates der Reichsbahn für die Industrieorganisationen. Eine namentliche Nennung der für diese Stellen in Frage kommenden Persönlichkeiten hat noch nicht stattgefunden. Hinsichtlich der Ernennung in allgemeinen Richtlinien für die Besetzung. Es wurden Grundsätze festgelegt, nach denen die Ernennung und die Verteilung auf die verschiedenen Wirtschaftszweigen und Fachgebiete erfolgen werde. Diese grundsätzlichen Fragen wurden zum Abschluß gebracht. Die politischen Fragen, die die Defensibilität in den letzten Tagen beschäftigten, haben wenig zur Erörterung. Die Wahlen im wesentlichen dem Ministerkabinet am 22. September mit dem Vorsitz des Reichspräsidenten vorkommen.

Deutsche Mitglieder im Verwaltungsrat der Eisenbahn

Berlin, 15. September.

Nach dem Reichsbahngesetz können von den neun Mitgliedern des Verwaltungsrates der deutschen Eisenbahngesellschaft, die der Reichsbahn ernannt, fünf Deutsche sein. Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Reichsbahndirektor folgende Herren ernannt: Staatssekretär a. D. Stiefler, Staatssekretär a. D. Bergmann, Generalens von Müller und Melchior-Damburg. Die übrigen fünf vom Reichsbahndirektor zu bestellenden Mitglieder werden ausländischer Herkunft, und zwar je ein Engländer, Franzose, Belgier, Italiener und Schwede, die zum Teil bereits ernannt sind. Die neun Mitglieder, die von der Reichsregierung ernannt werden, beschäftigen bekanntlich die heutige Kabinettsitzung.

Der Klärung entgegen

Berlin, 15. September.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die heilmotivische Erklärung über die volle Einmütigkeit zwischen dem Reichskanzler Marx und dem Außenminister Stresemann in den Fragen der gesamten Politik und insbesondere in den Fragen der Aufklärung der Kriegsschuld und des Eintritts in den Völkerbund wird in politischen Kreisen Berlins dahin aufgefaßt, daß damit auch der Reichskanzler Marx, allen hier kurzgezeichneten Gesichtspunkten entgegen, voll und ganz auf dem Boden des von Herrn Dr. Stresemann am Freitag der vergangenen Woche verkündeten Programms steht. Es ist also somit unangebracht eine

Erklärung der Situation erreicht

worben, die sich nach menschlicher Richtung hin bemerkbar macht.

Das gilt ganz besonders im Bezug auf die Frage der Regierungserweiterung nach rechts, in der die Bühnengänge einen Augenblick ins Stocken gekommen zu sein scheinen. Durch die programmatischen Darlegungen Dr. Stresemanns ist die Basis dieser Verhandlungen wieder hergestellt. Die innerpolitischen Fragen und erst recht die Personalfragen zu einer allgemein befriedigenden Lösung zu führen, dürfte keine Schwierigkeiten bieten. Der Gefahrpunkt liegt unseres Erachtens hauptsächlich im Zentrum, wo sich der Einfluß des Reichstages am weitesten verankert hat, der geschildert mit den Reichstagen arbeitet, daß die große Reichspartei vor einer Spaltung stehen und seinen geschlossenen Nachfolger mehr barriere.

Es scheint, als ob dieses Argument auch auf gewisse vorkonventionelle Rechte nicht ohne Einfluß geblieben sei und als ob man bereits des Mutes beseßen sei, diese und erst einmal abzuwarten wolle, wie der zu dem 30. September angelegte Vertretertag der Deutschnationalen verläuft. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Voraussetzung die ganzen Besprechungen außerordentlich erschweren muß und der linken die beste Gelegenheit gibt, ihre Sturmmäher fortzuführen. Demgegenüber besteht allerdings die zwingende Notwendigkeit für die gegenwärtige Regierung, sich die Mehrheit der großen Reichspartei für die herandrängenden Fragen des Wirtschaftslebens, des Fiskus, des Verkehrs und nicht zuletzt der Schul- und Kulturfrage zu sichern, ein solcher Grund gegenüber den alle Argumente und Weirungsmomente von links, die auf die Dauer auch nicht verfangen.

Barthou — Votschäfter in Berlin?

Berlin, 15. September.

Der französische Votschäfter in Berlin Dr. Margerie wird demnächst seinen hiesigen Posten verlassen und in Rom an Stelle von Barreter, der wegen zu hohen Alters zurücktritt, die französische Votschäfter übernehmen. Als aussichtsreichster Kandidat für den französischen Votschäfterposten in Berlin gilt der Präsident der französischen Kommission Louis Barthou, der selbst den Wunsch zu erkennen gegeben hat, den Berliner Posten zu übernehmen, nachdem durch Annahme des Londoner Abkommens die Reparationskommission von ihrer früheren Bedeutung viel eingestrichelt hat.

Die Rückkehr der Ausgewiesenen

Hofenz, 15. September.

Zur Ausführung der in London getroffenen Vereinbarungen haben am 12. September 1924 in Düsseldorf Besprechungen zwischen Vertretern der preussischen Regierung und Vertretern des Generalrats Deputierte über die Rückführung der aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland in die Heimat ausgewiesenen preussischen Beamten in ihre Heimat stattgefunden. Das Ergebnis dieser Besprechung ist, daß alle Ausgewiesenen wieder zum Amte zugelassen sind mit Ausnahme der folgenden:

Bezirksamtsrat Schmidt in Düsseldorf, Regierungsrat Ogge in Düsseldorf, Polizeipräsident Welcher in Essen, Stadtkaufmann Diefenbach in Vöding, Kriminalkommissar Ware in Gerne, Kriminalwachmeister Sweeney in Düsseldorf. Außerdem bleiben von dieser Regelung ausgenommen die Beamten der Schulpolizei ausgeschlossen.

Es wurde ferner festgestellt, daß die teils der preussischen Vertreter geäußerten Wünsche auf weitere Einschränkung der Zahl derjenigen, die noch nicht in die Heimat und in ihre Ämter zurückkehren können, in naher Zukunft erneuter Prüfung unterzogen werden würden. Die Gelantsen zur persönlichen Wiederkehr sind besetzte Gebiet eintreten für sämtliche privaten Angehörigen und auf alle Beamte einschließlich der Angehörigen der Schulpolizei mit alleiniger Ausnahme der bereits früher veröffentlichten sechs Beamten. Ueber die Rückführung der aus dem besetzten Zone des neuverwalteten Gebietes ausgewiesenen Beamten in ihre Heimat steht eine entsprechende Regelung zu erwarten.

Noch keine Räumung der Dortmund-Hörder Zone

Essen, 15. September.

(Eigener Drahtbericht.)

Reichswehrverteilung wird mitgeteilt, daß die Truppenbewegungen in den der Dortmund-Hörder Zone benachbarten Gebieten nicht als Beginn der Räumung der Dortmund-Hörder Zone aufzufassen sind. Es handelt sich um längst geplante Truppengruppiertungen, die mit der Räumung der Dortmund-Hörder Zone in keinerlei Verbindung stehen.

Freigabe des gesamten Karlsruher Saengebietes

Karlsruhe, 15. September.

Nachdem in der Nacht vom Montag zum Dienstag die Politlinie im Saengebiet zwischen den Fronten aufgegeben wurde, ist nunmehr freie nachmittag auch der Personenzugverkehr, der bis jetzt streng kontrolliert wurde, frei-

gegeben worden. Gegen 1 Uhr mittags traf der telephonische Bericht ein, der demnach, und um 12 Uhr war der Verkehr nach dem Saengebiet frei. Damit ist jetzt das Vortreten des gesamten Karlsruher Gebietes, das seit Februar 1923 gesperrt war, wieder ohne Kontrolle möglich. Die französische Militärverwaltung ist augenblicklich dabei, alle Vorbereitungen für einen Abmarsch zu treffen. Alle Angehörigen werden darauf hingewiesen, daß mit dem Abmarsch im Laufe des Abends zu rechnen ist. Das südliche Saengebiet ist von den Franzosen von der Aufhebung der Verkehrsperre verhandelt worden.

Die Lage der deutschen Landwirtschaft in englischer Beleuchtung

London, 15. Sept.

Die Times beginnen heute eine Artikelserie, in welcher ihr Berliner Korrespondent sich mit der Lage der deutschen Landwirtschaft beschäftigt. Der erste der Aufsätze kann als ausgedehnte, unparteiische und gut beobachtete Darlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gelten. Er beginnt mit einer Widerlegung der Ansicht, daß die Landwirtschaft in Deutschland mit jener in England oder Dänemark verglichen werden könne, wo ein günstiges Klima und ein guter Boden die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erleichtere. Die deutsche Landwirtschaft muß ein Konkurrenzverhältnis zu ihrer Fortschrittler vorerhalten. Verwendung von künstlichen Düngemitteln. Die gegenwärtige landwirtschaftliche Politik in Deutschland bedroht eine Sicherstellung des Binnenmarktes, und man hofft, diese durch einen Tarif zu erreichen. Zum zweiten befindet sich das Ziel der Landwirtschaft darin, nach Möglichkeit alle Produktionsmittel von der deutschen Industrie zu beschaffen und drittens einen gleichförmigen Produktionspreis zu erzielen. Der Korrespondent beweist dann auf den Unterschied von früher und jetzt und gibt die niedrigen Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse als Resultat der seitens der englischen Regierung herbeigeführten Produktionsmittelpreise herbei. Die Behauptung über die großen Inflationsgewinne der Landwirtschaft heute auf einem Irrweg zu sein, insofern, als das angesammelte Kapital gegenwärtig nicht nutzbar werden kann und die ganze Landwirtschaft von der Hand in den Mund lebe. Das deutsche Agrarprodukt wäre größtenteils aus als Syntheser aufgebracht worden, die Kapitalanammlung während der Inflationsperiode und die angeblichen Vorteile durch die Abschaffung der Hypotheken läßt nicht das Problem, wie man heute das vorhandene immobile Vertriebskapital mobilisieren könne und die Finanzen, die man für das Kapital zahlen müsse, seien enorm. Infolge dessen würde in Preisen der deutschen Landwirtschaft die Möglichkeit der Beschaffung ausländischer Grundbesitz erlangen, und man sollte dabei gleichzeitig die Rückkehr deutschen Auslandskapitals zu ermöglichen.

Das Fazit der beiden ersten Wochen in Genf

Genf, 15. September.

Die beiden ersten Wochen der Genfer Währungsabklärung haben kein irgendwie bemerkenswertes Resultat gebracht. Die Verhandlungen haben sich in den Kommissionsitzungen zu erhitzen. Die beiden Gruppen, die den Rückblick am meisten beschäftigen, Deutschlands Eintritt in das obligatorische Schiedsgericht und ihrer Lösung nicht näher gebracht. Mit Verweisung kann festgestellt werden, daß die sachlichen Ausführungen des deutschen Außenministers Dr. Stresemann ihren Eindruck in Genf nicht verfehlt haben. Sie werden, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt, aber ohne geistliche Schärfe. Konventionen, die an die Genfer Außenminister des Völkerbund Besonderen gefordert wurden, sind verhandelt, nicht jedoch, weil keine stichhaltige Spaltung gegenüber dem Völkerbund besteht ist und man hier die Lösung bei einem Sozialdemokraten parlamentarische Bedeutung besitzt. Die Währungs-, Garantie- und obligatorische Schiedsgerichtsfrage werden in den letzten Tagen die Unterkommissionen beschäftigen. Man hofft — und diese Hoffnung steht auf etwas festem Füßen — daß es gelingen wird, einen vollständigen Entwurf zu entwerfen, der den einzelnen Regierungen zur Stellungnahme übermietet werden kann.

Die Einberufung der allgemeinen Währungskonferenz wird jedenfalls nicht vor einem halben bis einem Jahre gerechnet werden können. Im Augenblick steht die Herbeiführung der Frage im Mittelpunkt, das Hauptproblem, das heute lauten die Verhandlungen über die Verhandlungen des Finanzkomitees nicht unglücklich, allerdings werden die der Fortdauer der Finanzkontrolle noch für ein Jahr gerechnet werden müssen. Man hatte bekanntlich geglaubt, daß sie bereits im September ein Ende finden würden. Daran ist jedenfalls nicht zu denken. Ein Engagement, das den Währungsfragen auf finanziellen Gebiet, durch die Herbeiführung der Finanzkommission des Völkerbundes, die die Herbeiführung gemahnen, daß die alljährliche Währungsabklärung des Währungsgebietes Budgets den Sturz der Regierung Seipel und damit die Beendigung aller bisher in Österreich erreichten Fortschritte bedeuten würde. Die Folgen, die in diesem Zusammenhang genannt werden, sind von dem Völkerbund Goldstand, sind nicht auffällig und die letzte Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Wohlfa. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924. 19. 9. 1924.

Table with 2 columns: 'Wohlfa.' and '19. 9. 1924'. Lists various commodities and their prices.

Berliner Lokal-Wette, die in der Zeit vom 30. bis 30. September wiederum in der 'Neuen Welt' in Berlin, Potsdamerstr. 108-114, veranstaltet wird.

Table titled 'Halleischer Viehmarkt'. Lists prices for various types of livestock such as pigs, cows, and sheep.

25 Wohlfa. 1924 bei der Baumwollspinnerei Augsburg. Die Veranlagung ist die Verwirklichung der 25 Wohlfa. für die Jahre vor. Die Wollfabrikation ist eine Herstellung des Wollkapitals auf 15 Millionen Wohlfa. vor.

Berlin, 15. September. Der Schluss der Börse verlief sich zwar in etwas freundlicheren Schranken, doch konnte sich noch kein allgemeines festes Bild durchziehen.

Druck und Verlag von Otto Ziemann. Leiter der Redaktion: Adolf Ziemann. Herausgeber: Dr. Theodor Ziemann.

Berliner Börse vom 15. September 1924

Main market table with multiple columns listing various stocks and bonds, including 'in % drück. Wert.', 'in Milliarden Proz.', and 'Deutsche Reichsbank'. Includes sub-sections for 'Variable Kurse' and 'Devisen-Kurse der Börse zu Berlin'.

Weitere Berliner Kurse.

Table titled 'Weitere Berliner Kurse' listing various commodities and their prices, including different grades of flour, oil, and other goods.

